

Markt und Staat: Ein prekäres Verhältnis

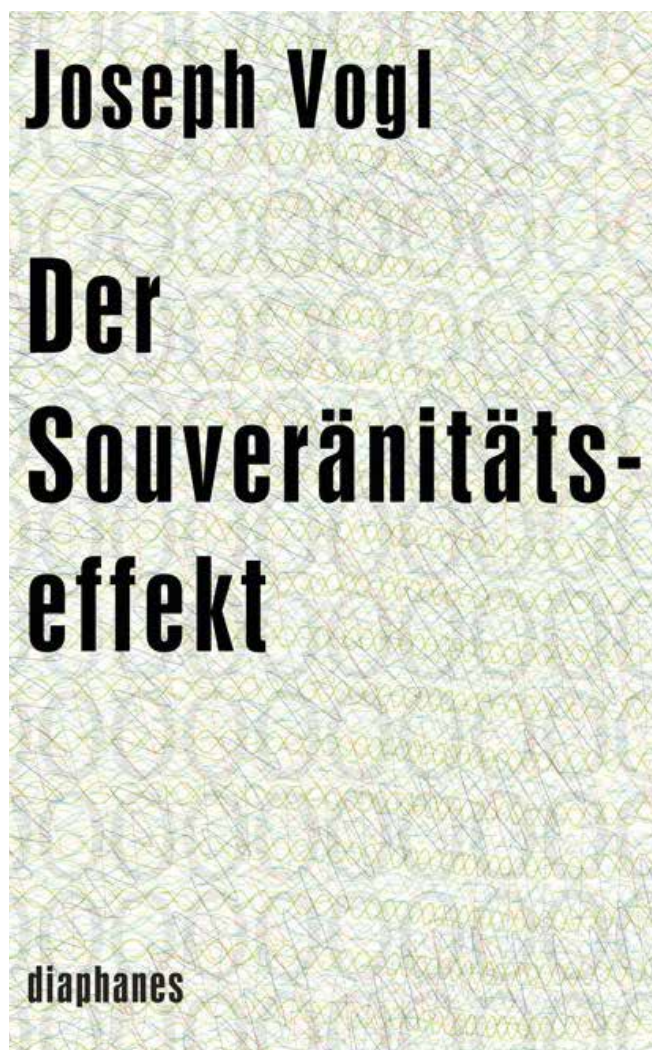
Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer

Am Beispiel der Finanzkrise erörtern drei marktkritische Autoren aus verschiedenen Disziplinen das prekäre Verhältnis von Markt und Staat.

Vogl, Germanist, sieht eine bis ins 16. Jahrhundert zurückreichende symbiotische Interessenverknüpfung zwischen der Staatsmacht und der Finanzwelt, die aus der öffentlichen Verschuldung bei privaten Gläubigern resultiert. In der heutigen Zeit hat sich die Machtbalance zugunsten der privaten Gläubiger verschoben, die sich zu Richtern über Staatsbonitäten aufschwingen. Durch seine Verschuldung entmachtet sich der staatliche Souverän und überträgt dem Finanzsektor ursprünglich hoheitliche Souveränitätsrechte.

Mirowski, Ökonom und Philosoph, fragt, wie es sein kann, dass die in der Finanzkrise dramatisch gescheiterte und für tot gehaltene neoliberale Doktrin nach der Finanzkrise wieder fröhliche Urständ feiert. Er sieht eine konspirative Gruppe von neoliberalen Ökonomen am Werk, die durch Infiltrierung der Politik, der Gesellschaft und der Wissenschaft mit ihrer Weltanschauung die führenden Köpfe für ihre Ideologie des freien Marktes einnehmen und so ihr Überleben sichern kann.

Komlos, Ökonom und Historiker, sieht – wie Mirowski – ein Scheitern der Ideologie des freien Marktes in der Finanzkrise und findet in den fachlichen Engführungen der volkswirtschaftlichen Professoren, insbesondere ihren Lehrbüchern für Studienanfänger, die ideologischen Wegbereiter der Marktgläubigkeit von Politik und Gesellschaft. Er ruft zu einer Reform der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung auf, die die Marktunvollkommenheiten und das Marktversagen in das Zentrum der Lehre stellen müsse, um Realitätsgehalt gewinnen zu können.



Man sieht: Die Kritik an Ökonomie und Ökonomen lebt, kommt aus verschiedenen Richtungen und ist auf der Suche nach neugierigen Lesern. Keines der genannten Bücher wird ein Leser mit Enttäuschung aus der Hand legen.

Joseph Vogl, Der Souveränitätseffekt, Zürich: Diaphanes 2015, 320 Seiten, 4 sw. Abb., geb., ISBN 978-3-03734-250-3. € 24,95

Joseph Vogl, 48, promoviert und habilitiert in Neuere deutsche Literatur an der LMU München, ist Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin und Gastprofessor am Department of German an der Princeton University. Neben seinen germanistischen Arbeiten publiziert er auch Texte zu ökonomischen Themen, so etwa „Das Gespenst des Kapitals“, 2010, oder das vorliegende Buch, das 2015 für den Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse nominiert war. Grund genug, aus der Sicht eines Ökonomen einen Blick auf das Buch zu werfen.

Wer ist der Souverän im modernen Staat? Die im Resümee gegebene Antwort des Autors lautet: „Souverän ist, wer eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag und sich als Gläubiger letzter Instanz platziert.“ Wer aber kann das? Nach Vogl ist diese Macht mittlerweile aus dem Staatssektor in den Finanzsektor einer Volkswirtschaft, „die Finanz“

wie Vogl sie salopp nennt, abgewandert. Die historisch weit ausgreifende Entfaltung dieser These macht den Inhalt des Buches aus.

Ausgangspunkt des Autors ist die – nicht neue – Beobachtung, dass im Zuge der Finanzkrise 2008/09 und der Eurokrise 2010/? Regierungen mit der Rettung von Banken und Staaten Eigentümer- und Gläubigerinteressen in einem zuvor unvorstellbaren Maß geschützt haben. Wie aber kommt es, dass Steuergelder rasch und umfangreich für diese Zwecke und diese Interessenten verfügbar sind, für andere Zwecke und andere gesellschaftliche Gruppen jedoch nicht? Es ist, so Vogl, sowohl die Fähigkeit der Finanzwirtschaft, ihren Interessen in der Politik Gehör zu verschaffen, wie auch die Bereitschaft der Politik, sich den Blick der Finanzwirtschaft auf Wirtschaft und Gesellschaft zu eigen zu machen. Das Denken in Marktkategorien infiziert dann staatliches Handeln und der Staat macht sich so zum Getriebenen privater Marktakteure. Vogl zeigt, dass die Interessensymbiose von Regierung und Finanzmacht historisch weit zurückreicht. Schon im 16. Jh. war Kaiser Karl V. zur Finanzierung seiner militärischen und bündnispolitischen Ausgaben auf die finanzielle Unterstützung der Fugger angewiesen, die umgekehrt vom kaiserlichen Wohlwollen finanziell profitierten. Im 17. und 18. Jh. war die Schuldenpolitik der Feudalstaaten nur möglich, indem Banken und Kapitalmärkte private Geldgeber, die ihrerseits durch



staatlich vergebene Konzessionen für Bergbau, Handel und koloniale Ausbeutung privaten Reichtum angehäuften, mobilisieren konnten und im Gegenzug die Regierenden die Interessen ihrer Gläubiger berücksichtigten. Mit dem Finanzbedarf der Nationalstaaten des 19. Jh., den Kriegswirtschaften in der ersten Hälfte des 20. Jh. und den Sozialstaaten nach dem zweiten Weltkrieg kamen andere Begründungen für Staatsverschuldung zum tragen. Die Notwendigkeit, die Staatsschuld zu bedienen, vernetzte die Interessen des Staatsapparats mit jenen des Finanzsektors dabei immer tiefer.

Einen weiteren Grund für die Verlagerung staatlicher Macht in die Finanzsphäre sieht Vogl in der Übertragung des Geldschöpfungsmonopols an die Zentralbanken. Am Beispiel des Federal Reserve System der USA, der deutschen Bundesbank und der EZB versucht er zu zeigen, wie diese Institutionen, geschützt durch die ihnen gewährte Unabhängigkeit, eine auf Preis- und Finanzmarktstabilität ausgerichtete, de facto die Gläubiger schützende Politik betreiben und die die Regierung tragenden politischen Parteien und Gruppierungen faktisch entmachten. Dies sei geradezu der Zweck ihrer Unabhängigkeit. Zudem seien die Zentralbanken bei der Implementierung ihrer Politik auf die Mitwirkung der Banken angewiesen und müssten auch insoweit die Interessen des Finanzsektors beachten: „Diese Autonomie hat ... eine Situation geschaffen, in der die Kontrolle über Fiskalpolitik an Privatbanken abwandert, und Finanzmärkte zur disziplinierenden oder richterlichen Instanz gegenüber Regierungen geworden sind. Der Transfer von Entscheidungsmacht von ‚Stimmzetteln‘ zu ‚Kurszetteln‘ wurde zum Programm. Zusammen mit dem Verbot der Staatsfinanzierung hat das Monopol der Geldpolitik für Zentralbanken wiederum zur direkten Beteiligung privater Finanz an der Ausübung von Regierungsmacht geführt.“

Aus all dem erkläre sich, dass eine gegen die Interessen des Finanzsektors gerichtete Politik nicht nur nicht möglich sei, sondern die Politik ihren Souveränitätsanspruch zum Teil an die Finanzwirtschaft abgegeben habe: „Mit der Sache der Finanz hat sich – neben und abseits staatlicher Autorität – ein Souveränitätsreservat eigener Ordnung etabliert“, quasi eine vierte Gewalt (Vogl) im Staate. Die von liberaler Seite vorgebrachte These der Trennbarkeit von Staat und Markt sei eine Chimäre, eine ideologische Vernebelung des Einflusses bestimmter Marktakteure auf staatliches Handeln. Auf den Punkt gebracht: „Der Liberalismus ... evakuiert ... mit Berufung auf das Marktgeschehen den Souverän.“

Was ist von all dem zu halten?

Der Autor artikuliert mit Verve und großer Beredsamkeit das Unbehagen an einer von den Finanzmärkten getriebenen

wirtschaftlichen Entwicklung, die den realen Sektor der Güter- und Arbeitsmärkte sowie den staatlichen Sektor der öffentlichen Güter und des Sozialen an den Rand zu drängen droht und an einer Politik, die sich den privaten Kapitalinteressen zu unterwerfen scheint. An Beispielen für diese Entwicklungen und diese Politik fehlt es in den letzten Jahrzehnten in der Tat nicht. Gleichwohl ist Kritik anzumelden.

Angenommen, man könnte seiner Diagnose einer „unheiligen Allianz“ von Politik und Kapitalinteresse zustimmen, was wäre die Therapie? Dazu schweigt der Autor. Dieses sehr vernehmliche Schweigen zu sinnvollen Politikalternativen teilt er mit vielen anderen, marktkritischen Texten der jüngeren Vergangenheit. Es ist in der Tat sehr viel einfacher zu kritisieren, dass Banken gerettet wurden als zu erklären, was ohne Bankenrettung geschehen wäre. Es ist auch leicht, die Delegation staatlicher Regulierungsmacht in internationale Institutionen wie IWF, Weltbank, OECD, Troika, den Baseler Bankenausschuss und die Umschuldungsclubs von Paris und London zu beklagen, statt darzulegen, wie der Internationalisierung von Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Personen- und Informationsströmen regulatorisch mit nationaler Politik beizukommen sei.

Die modernen Zentralbanken jedoch als die Sachwalter von Kapitalinteressen darzustellen und in ihrer Unabhängigkeit eine Knebelung der politischen Gruppierungen in den jeweiligen Regierungen zu sehen, ist abwegig. Wenn eine Regierung gewollt hätte, hätte sie das damalige Bundesbankgesetz mit einfacher Parlamentsmehrheit ändern können und die Unabhängigkeit abschaffen können. Keine Regierung hat dies je gewagt, weil sie ihre Wiederwahl durch das Volk hätte abschreiben können. Ferner: Preisstabilität ist so wenig ein Geschenk für die Reichen wie Inflation ein Geschenk für die Armen ist. Die Reichen sichern in der Inflation ihr Vermögen durch einen hohen Anteil an Sachvermögen. Arme besitzen überwiegend sich entwertendes Geldvermögen. Frankreich hatte bis in die 90-er Jahre des letzten Jahrhunderts eine weisungsabhängige Zentralbank. Eine gleichmäßigere Einkommensverteilung als Deutschland mit seiner unabhängigen Bundesbank hatte es nicht. Die unabhängige Zentralbank, die es jemals gab, die EZB, deren Unabhängigkeit nur durch einstimmigen Beschluss aller Eurostaaten abgeschafft werden könnte, schützt wie keine vor ihr die Schuldner(-länder) zulasten der Gläubiger(-länder).

Auch das Resümee des Buches ist fragwürdig: Wenn souverän derjenige ist, der eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag, wäre Griechenland das souveränste Land und die Deutsche Bank die souveränste Bank in der Eurozone. Die Anpassungsprogramme, die beide derzeit auf sich nehmen müssen, sind nicht gerade ein Beweis für ihre Souveränität.

Das Resümee des Buches ist fragwürdig: Wenn souverän derjenige ist, der eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag, wäre Griechenland das souveränste Land und die Deutsche Bank die souveränste Bank in der Eurozone. Die Anpassungsprogramme, die beide derzeit auf sich nehmen müssen, sind nicht gerade ein Beweis für ihre Souveränität.

Und zum Schluss: Regierungen zu unterstellen, sie machten sich gemein mit den Interessen der Vermögenden, in Zeiten, in denen das Bemühen der Politik dem Abbau von Arbeitslosigkeit (Schröder), dem Erhalt der Fähigkeit der Banken, die Unternehmen mit Kredit zu versorgen (Merkel) sowie dem Erhalt von Steuereinnahmen bei drohender Kapitalabwanderung (Steinbrück) dient, ist für einen Ökonomen nicht nachvollziehbar. Ökonomen denken in gesellschaftlichen Nutzen und Kosten, sie wägen ab. Der Germanist Vogl nicht. Dafür schreibt er mitreißend und – auf seine Art – höchst lehrreich.

Philip Mirowski: Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist.

Berlin: 2015, 353 Seiten, € 29,90

Amerikanische Originalausgabe: *Never Let a Serious Crisis Go to Waste. How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*, London/New York 2013

Mirowski, 64, ist Professor für Volkswirtschaftslehre sowie für Geschichte und Philosophie der Wissenschaften an der University of Notre Dame in Indiana/USA. Im vorliegenden Buch geht er der Frage nach, wie es kommt, dass die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, die Finanzkrise von 2008, so wenig Umdenken in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bewirkt hat. Er zeigt, wie es dem Neoliberalismus, den er für den Hauptschuldigen der Krise hält, anscheinend gelingen konnte, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Das Schlagwort „Neoliberalismus“ im Untertitel des Buches weckt Befürchtungen. Allzu oft dient es mehr der emotionalen Abarbeitung empfundener Missstände an der Marktwirtschaft als der analytischen Verortung einer wirtschaftspolitischen Konzeption. Der Erwartung, dass ein wirtschaftshistorisch und philosophisch gebildeter Ökonom dazu Profunderes, Tiefgründiges zu sagen hat, wird der Autor gerecht. Gleichwohl bleibt der Begriff auch für ihn in erster Linie ein Kampfbegriff. So entwickelt sich seine Lesart des „Neoliberalismus“ mit Fortdauer des Buches immer mehr zu einer Art Verschwörungsideologie, in der jegliche Differenzierung auf der Strecke bleibt. Wenn der Autor beispielsweise die Gruppe der Neoliberalen so weit fasst, dass auch Stiglitz und Krugman, zwei wissenschaftliche Galionsfiguren der politischen Linken, nicht weit von ihnen entfernt sind, wird klar, dass es –außer ihm – nicht viele andere nicht-neoliberale Ökonomen geben kann. Das ist schade, engt es doch seinen Blick arg ein.

Was macht nun das neoliberale Weltbild nach Mirowski aus. Er nennt 13 Merkmale. Die wichtigsten sind:

- (1) Der Neoliberalismus bedient sich des Staates zur Durchsetzung seiner Ideen, ist also keine „Laisser-Faire-Wirtschaft“ im Sinne des ursprünglichen Liberalismus.
- (2) Nichts kommt dem Markt an Effizienz gleich im Umgang mit unvollständigem Wissen. Staatliche Interventionen beruhen immer auf einer „Anmaßung von Wissen“.
- (3) Das Individuum hat keine Klassenzugehörigkeit. Es ist Besitzer von Humankapital. Dessen Verwertung macht es zum Unternehmer seiner selbst.
- (4) Das Finanzkapital hat das Recht auf unbegrenzte internationale Mobilität.
- (5) Ungleichheit ist nicht ein Problem, sondern gibt Anreiz zur Anstrengung.
- (6) Marktversagen soll, soweit es das überhaupt gibt, mit mehr Markt bekämpft werden, z.B. mit Emissionsrechten im Umweltbereich und Bildungsguthaben im Bildungssektor.

Die Verbreitung dieser Ideen durch die Neoliberalen, insbesondere ihre kompromisslose Marktgläubigkeit, hat, so Mirowski, spätestens seit den 70-er Jahren Wissenschaft, Politik und Gesellschaft erreicht und einen politischen Prozess der Deregulierung und Entstaatlichung in Gang gesetzt. Unterstützung hatten die Neoliberalen von den neoklassischen Ökonomen an den Universitäten, von den Spitzenökonomen in IWF und Weltbank, und von den Investmentbanken, Hedgefonds und anderen Finanzinstitutionen erhalten. Insbesondere der Finanzsektor hatte sich staatlicher Aufsicht durch Einführung neuartiger Finanzprodukte weitgehend entzogen: Nichtregulierte Kredit-

verbriefungen, Kreditausfallversicherungen, Derivate, Leerverkäufe, Tranchierungen und windige Zertifizierungen hatten den Aufbau enormer Risiken in den Bilanzen von Investmentbanken und Versicherungen entstehen lassen, denen immer weiter reduzierte Eigenkapitalunterlegungen entgegen standen. Als die Kreditpyramide einstürzte, offenbarte

sich das Fehlen haftender Mittel, und es wurde evident, dass die Bankmanager schon lange auf die Karte „To Big to Fail“, also die staatliche Rettung, gesetzt hatten.

Wie aber konnte es nach dem offenkundigen Scheitern der Philosophie des grenzenlosen Marktvertrauens zu einer umgehenden Wiederauferstehung der tot geglaubten, in der Finanzkrise anscheinend untergegangenen neoliberalen Konzepte kommen? Wenn zu viel Markt und zu wenig Kontrolle die Ursache der Krise war, wie sollte dann noch mehr Markt und noch weniger Kontrolle die Lösung des Problems sein können? Die gleichen Ökonomen, die die Krise nicht kommen sahen, sollten die Ratgeber für die Vermeidung zukünftiger

Mirowski greift eine naheliegende und wichtige Frage auf. Seine Antworten sind kenntnisreich, oftmals sarkastisch und gewährleisten eine aufrüttelnde Lektüre mit vielen erhellenden Einsichten. Leider versteigt er sich in eine Verschwörungsgeschichte, die wenig plausibel ist und insoweit seinem eigentlichen Anliegen, einer Kritik am wirtschaftspolitischen „Weiter so“, mehr schadet als nützt.